

Dankesrede für den Friedrich-Hölderlin-Förderpreis

Necati Öziri

Hallo erstmal von meiner Seite. Ich möchte mich herzlich bei der Stadt Bad Homburg und bei der Jury für diesen Preis bedanken. Ich freue mich sehr, nicht nur wegen der vielen renommierten Autor*innen, die diese Auszeichnung vor mir erhalten haben, und wegen des Preisgeldes, sondern tatsächlich auch, weil ich mit dem Namenstifter dieses Preises außerhalb der Universität noch nicht in Berührung gekommen bin und wer meine Arbeit kennt, vor allem meine Beschäftigung mit Klassikern und kanonischen Texten im Theater, weiß, dass ich in Abgrenzung zur sogenannten Überschreibung eine eigene Vorgehensweise entwickelt habe, die ich Korrektur oder Widerspruch nenne. Hierfür suche ich mir die rassistischsten, antisemitischsten oder sexistischsten Texte, die unsere Literaturgeschichte so zu bieten hat, heraus – etwa jene von Richard Wagner – und dann versuche ich, diesen gewaltvollen Stoffen zu widersprechen und sie einer emanzipatorischen Gegenwart gerecht werden zu lassen. All die Risiken, die dieses Verfahren birgt – die didaktische Überheblichkeit, die poetologischen Konsequenzen, nicht zuletzt die Tatsache, dass man selbst natürlich immer Teil der gewaltvollen Geschichte der deutschen Sprache ist – lasse ich hier mal außen vor. Ich hab diese Poetologie an anderen Stellen bereits ausgeführt. Aber Sie verstehen nun vielleicht, warum es mich freut und es zumindest in meinen Augen für Hölderlin spricht, dass er und ich bisher nicht so viel miteinander zu tun hatten.

In meinem Debütroman "Vatermal", der heute ausgezeichnet wird, ist die Stelle, die wahrscheinlich am häufigsten in Rezensionen und Publikumsgesprächen erwähnt wird, der Moment, in dem der Protagonist Arda bei der Ausländerbehörde sitzt und im Zuge seiner Einbürgerung schriftlich darlegen soll, dass er Deutsch fehlerfrei beherrscht – obwohl der für ihn zuständige Beamte darüber informiert ist, dass Arda in Deutschland geboren wurde, hier zur Schule geht und kurz vor dem Abitur steht. Der Teenager ist in dieser Situation ziemlich nervös und ziemlich high, was keine gute Kombination ist, und so folgt eine humoristische Einlage, in der Arda dem Beamten alle Klischees, die er so zu bieten hat, in ironisch bestätigt – natürlich in korrektem Deutsch.

Direkt im Anschluss an diese Szene folgt eine weitere Erklärung, auf die ich wiederum noch nie angesprochen wurde: Arda soll ebenfalls schriftlich versichern, dass er sich

zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt; dass er keine Bestrebungen verfolgt oder unterstützt, die sich gegen diese Grundordnung richten und dass er dies auch in Zukunft nicht tun wird.

Dieses Bekenntnis, keine verfassungsfeindlichen Ziele zu verfolgen und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung treu zu sein, muss nicht nur meine Romanfigur abgeben, sondern tatsächlich jede Person, die in Deutschland eingebürgert wird – das kann ich sozusagen anhand lebensweltlicher Recherchen verbürgen.

Gesetzlich verankert ist **diese sogenannte Loyalitätserklärung** im §10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes und wer gegen diese Verpflichtung verstößt, kann unter bestimmten Bedingungen sogar wieder ausgebürgert werden. Dieses Sicherungsmittel gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen ist Ausdruck des Gedankens der "wehrhaften Demokratie". Ein Konzept das u.a. auf den Staatsphilosophen Karl Loewenstein zurückgeht und das nach 1945 elementar wurde, sich vor einer Wiederholung des Nationalsozialismus zu schützen.

Auf eine vergleichbare Weise müssen sich übrigens auch Lehrer*innen, überhaupt Menschen, die verbeamtet werden, Richter*innen, Soldat*innen usw. zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass sie nicht ausgebürgert werden können, sofern sie nicht vorher eingebürgert wurden. Bei sehr schweren Verstößen werden sie vielleicht vom Dienst suspendiert oder ihres Amtes enthoben oder Ähnliches. Ihr Deutsch-Sein wird ihnen aber niemals abgesprochen.

Es ist das eine, dass dieses Land Zugehörigkeit in erster Linie immer noch nach Blut verteilt; dass Manche, obwohl hier geboren und aufgewachsen, nicht nur eingebürgert werden müssen, sondern zusätzlich damit leben, ihre Bürgerrechte auch posthum wieder verlieren zu können, während andere, die ihre Staatsbürgerschaft geerbt und nicht hart erarbeitet haben, das nicht müssen. Alleine darin zeigt sich schon der Doppelstandard und dass es jenseits unserer Haltung gegenüber der Verfassung etwas gibt, das wir als ungeschriebenes, aber entscheidendes Kriterium dafür anerkennen, wer Teil der Gemeinschaft ist und wer nicht.

Doch was ich neben der Ungleichheit an dieser Loyalitätslogik interessant finde, ist ihre Grundlage: Wie demokratisch ist es eigentlich, Treue zur Demokratie zu

erzwingen, könnte man nun fragen. Und ist es nicht ebenso undemokratisch, ihre Feinde mit vermeintlich undemokratischen Mitteln zu bekämpfen und auszuschließen? Denn die Loyalitätserklärung zielt ja nicht auf ein vorliegendes, beweisbares Verhalten ab, sondern auf eine ihm zugrunde liegende Haltung. Es wird ein Urteil gefällt alleine aufgrund der Gesinnung gegenüber der Ordnung.

Karl Loewenstein hat dieses Paradox benannt und dazu geschrieben: Eine Demokratie darf nicht wehrlos sein. Sie muss bereit und in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen – notfalls mit Mitteln, die ihren eigenen Idealen widersprechen. Dazu gehören: Staatsangehörigkeitsentzug, Grundrechtsentzug, Berufsverbote und eben auch Parteiverbote – sofern die Demokratie in Gefahr ist.

Nun behaupten wir ja oft, die Demokratie leider auch mit undemokratischen Mitteln verteidigen zu müssen. Meistens allerdings tun wir das dort, wo es uns Macht und Vorteil bringt – nämlich im Ausland oder bei den sogenannten „Anderen“; selten dort, wo es notwendig und angemessen wäre: Nämlich in den eigenen Reihen.

Dabei ist mit wehrhafter Demokratie eine selbstkritische Perspektive gemeint ist. Der Staatsrechtler Lowenstein baute sein Konzept auf den Erfahrungen der Weimarer Republik auf. Er selbst musste 1933 aus Deutschland fliehen und veröffentlichte wenige Jahre später im amerikanischen Exil zwei Essays, in denen er analysierte, warum die Weimarer Republik gescheitert war. Seiner Diagnose nach war die junge Demokratie zu liberal denen gegenüber, die sie offen bekämpften. Sie ließ die Nationalsozialisten marschieren, polemisieren, zersetzen bis es zu spät war und sie von innen ausgehöhlt wurde. Loewenstein argumentierte deshalb, eine Demokratie dürfe gegenüber ihren Feinden nicht neutral und schutzlos sein, sondern müsse bereit sein, selbst mit Einschränkungen der Freiheit zu reagieren, falls diese Freiheit dazu benutzt würde, sie abzuschaffen.

Nach 1945 fanden seine Überlegungen noch an weiteren Stellen Einzug in unsere Verfassung. Besonders sind sie im Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes, dem sogenannten Widerstandsrecht, zu finden. Dort heißt es:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Das ist ein Satz, der in keiner anderen westlichen Verfassung so steht und sich seiner historischen Dringlichkeit bewusst ist. Ein dialektischer Satz, der auf eine Art deutscher

nicht sein könnte, der mit einbezieht, dass unsere Ordnung nicht ideal, sondern verletzlich und schutzbedürftig ist, dass es sein könnte, dass unsere Institutionen versagen, weil sie das schon mal taten.

Es ist der letzte Notanker der Verfassung. In der Praxis musste dieses Recht bis heute zum Glück noch nie aktiviert werden. Doch es erinnert uns daran, dass Demokratie kein Zustand, sondern ein Auftrag ist. Und wenn dieser Auftrag durch verfassungsfeindliche Kräfte akut gefährdet ist und keine Wahl, keine Demonstration, keine Debatte und auch kein Parteienverbot, diese Gefahr noch aufhalten kann, dann hat jede und jeder einzelne das Recht, dagegen vorzugehen. Es ist ein symbolisches Versprechen und eine Erinnerung an die Verantwortung künftiger Generationen, an uns heute.

Was bedeutet es aber heute, wenn von mir und Millionen anderer Menschen eine Loyalität zu unserer Grundordnung und unseren Werten verlangt wird, während im Bundestag eine Partei sitzt, die der Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft hat und die diese Grundordnung offen ablehnt? Würde man die Loyalitätserklärung, die ich unterzeichnen musste, den Mitgliedern der AfD vorlegen, müsste der ganzen Partei die Staatsbürgerschaft entzogen werden, wenn sie denn eine solche hätte. Denn wer diese Erklärung unterschreibt, bekennt sich zur Menschenwürde, zur Gleichheit vor dem Gesetz, zur Unantastbarkeit der demokratischen Ordnung. Alles Grundprinzipien, welche die AfD in ihrer Programmatik systematisch ablehnt. Sie schürt Hass gegen Minderheiten, relativiert NS-Verbrechen, greift die Gewaltenteilung an, verachtet die parlamentarische Demokratie – und arbeitet kontinuierlich daran, das politische System von innen zu destabilisieren. Die gesamte Partei verfolgt nachgewiesenermaßen verfassungsfeindliche Ziele. Wer so handelt, hat die Treue zu dieser Gesellschaft und ihrer Grundordnung längst gebrochen. Die AfD ist keine Partei im demokratischen Spektrum. Sie ist eine Bewegung gegen die Demokratie im Gewand einer Partei. Sie nutzt die Spielregeln, um das Spiel abzuschaffen. Ich verstehe einfach nicht, was "Nie wieder" bedeuten soll, je bedeutet hat, wenn diese Partei heute in unseren Parlamenten sitzt, Staatsmittel erhält usw.

Aus Gesprächen höre ich heraus, dass viele Menschen insgeheim hoffen, man müsse nur eine möglichst restriktive Migrationspolitik umsetzen und wenn erstmal weniger

Migrant*innen ins Land kommen (als wäre das etwas Schlimmes), werde sich „das Problem AfD“ schon von selbst schon wieder erledigen. Diese Menschen sind – wenn auch nur schweren Herzens – bereit, Prinzipien der Menschlichkeit zu opfern, und glauben so politische Stabilität und Sicherheit wahren zu können. Doch der Faschismus lebt nicht von Feinden – er lebt vom Prinzip des Feindbildes. Es geht doch nicht wirklich darum, irgendein vermeintliches Problem zu lösen, sondern darum, das Denken allmählich umzustrukturieren und wenn die Geflüchteten der AfD als Feindbild irgendwann nicht mehr taugen, wird sie versuchen, die Nächsten ins Zentrum zu stellen: Menschen muslimischen Glaubens, die aber hier geboren sind, Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen, jüdischen Menschen, Menschen mit Behinderungen und schließlich alle, die eine andere Meinungen vertreten. Auch jene, die dachten, sie seien sicher.

Weil es uns oft leichter fällt, mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen, möchte ich an dieser Stelle ein Beispiel aus der Türkei anführen: Nach dem Wahlerfolg der pro-kurdischen HDP im Jahr 2015 wollte Präsident Erdoğan führende Oppositionspolitiker*innen ausschalten – allen voran Selahattin Demirtaş, den Vorsitzenden der HDP. Um ihn und viele weitere Abgeordnete strafrechtlich verfolgen zu können, musste die parlamentarische Immunität aufgehoben werden. Dafür ließ Erdoğan die Verfassung ändern – ein Schritt, der nur mit Unterstützung der größten Oppositionspartei, der CHP, möglich war. Viele CHP-Abgeordneten stimmten damals zu, obwohl sie den Schritt für moralisch falsch hielten. Sie begründeten ihre Entscheidung mit der Notwendigkeit, Stabilität herzustellen bzw. Ordnung aufrecht zu erhalten. Dreimal dürfen Sie raten, wer als nächstes verhaftet wurde? Genau: Im März 2025 wurde Ekrem İmamoğlu von der CHP, der als einer der einflussreichsten Kontrahenten Erdoğan's gilt, festgenommen. Genau: Im März 2025 wurde Ekrem İmamoğlu von der CHP festgenommen. Als Oberbürgermeister von Istanbul gilt er als einer der bedeutendsten politischen Gegenspieler Erdoğan's.

Wer glaubt, durch die Preisgabe von Prinzipien Stabilität zu gewinnen, verliert am Ende beides – Prinzipien und Stabilität. Wenn die AfD mächtiger wird – und das wird sie, wenn wir weiter ihren Forderungen hinterher rennen, vielleicht nicht als Partei aber als die Ideologie und Denkstruktur, die sie vertritt – dann geht es wahrscheinlich zuerst

mir an den Kragen, weil ich dunkle Haare habe oder was weiß ich. Aber früher oder später trifft es jede und jeden hier im Raum – sofern er oder sie die Freiheit liebt.

Schriftsteller*innen laufen durchlässig durch die Welt. Sie nehmen früh wahr, wie sich Diskurse verschieben, weil sich autoritäre Tendenzen zuerst in der Sprache äußern – in Abwertungen, in Auslassungen, in sprachlicher Verrohung. Sie reagieren nicht erst auf Gesetzesänderungen, sondern spüren Verschiebungen im gesellschaftlichen Klima. Sie können anzeigen, wenn sich Sprache verändert, lange bevor das Töten von Menschen als „Drecksarbeit“ bezeichnet wird. Sie hören, wenn sich Worte wie „Brandmauer“ allmählich abnutzen und an Bedeutung verlieren. Seit Jahrzehnten merken wir, wie sich das öffentlich Sagbare verschiebt, wie sich das Denkbare verändert und wie es das Machbare vorbereitet.

Ich spreche hier als eine von vielen Personen, die dieser Gesellschaft mal ein Versprechen gegeben haben. Ich meine nicht als Teenager, der eingebürgert wurde, sondern als Schriftsteller, der – wie viele seiner Kolleg*innen – mit jedem Text aufs Neue versucht, herauszufinden, was uns als Menschen ausmacht, was uns verbindet, und der bemüht ist, einer gesellschaftlichen Verrohung entgegenzuarbeiten.

Ich mache mir keine Illusion darüber, was ein einzelnes Buch, ein einzelner Text bewirken kann. Aber ich glaube dennoch daran, dass wir in Zeiten der Entmenschlichung, des Kriegs, des Autoritarismus und der um sich greifenden faschistischen Strukturen nicht schweigen dürfen, sondern benennen müssen, was wir wahrnehmen. Auch in den Dankesreden.